

Der Vogtlandbote

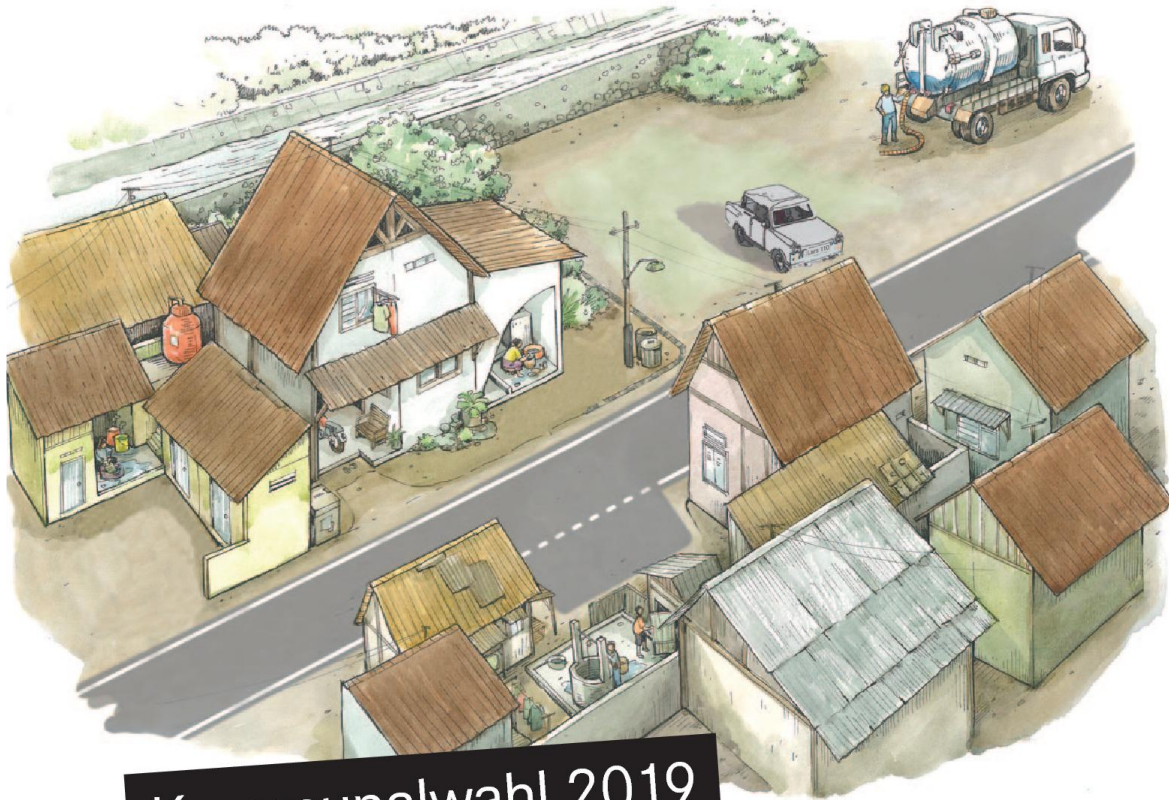
[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 9/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



Kommunalwahl 2019

Anpacken.

Mitmachen.

Kandidieren!

www.dielinke-vogtland.de

DIE LINKE.

"GESCHEHNISSE IN CHEMNITZ MACHEN FASSUNGSLOS"

Parteivorsitzende der LINKEN Sachsen Antje Feiks in Pressemitteilung vom 27.08.2018



Zu den Geschehnissen in Chemnitz erklärt Antje Feiks, Landesvorsitzende der DIE LINKE. Sachsen:

„Die Ereignisse der letzten 48 Stunden in Chemnitz machen mich fassungslos. Nach der Auseinandersetzung auf dem Chemnitzer Stadtfest musste ich mit Bestürzen zur Kenntnis nehmen, dass einer der drei Schwerverletzten seinen Verletzungen im Krankenhaus erlegen ist. Mein aufrichtiges Beileid gilt den Angehörigen. Ich hoffe, dass das Geschehene durch die Ermittlungsbehörden zügig aufgearbeitet und diese Tat strafrechtlich geahndet werden kann. Auch hoffe ich auf eine baldige Genesung der Verletzten.“

Die sich anschließende Mobilisierungswelle im Spektrum der extremen Rechten und Hooligans lassen Erinnerungen an die Pogrome zu Beginn der 90er Jahre aufkommen. Ein rechter Mob schafft es, das Gedenken zu instrumentalisieren und für sich zu vereinnahmen. In pogromhafter Stimmung zieht ein marodierender, gewaltbereiter Mob durch die Innenstadt Chemnitz und macht Jagd auf Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe oder vermuteter politischer Einstellung. Eine Eskalationsspirale, die ihres gleichen sucht.

Das Sachsen ein Problem mit gefestigten rechten Strukturen hat, war vielen bewusst. Leider nicht allen. Aber bei der Staatsregierung und besonders der herrschenden CDU sollte

Dringlichkeit nunmehr ankommen: Das was in Chemnitz am Sonntag passierte, darf sich nicht wiederholen. Chemnitz darf kein zweites Rostock-Lichtenhagen werden. Ich habe die Hoffnung, dass die Menschen sehen und verstehen, wessen Geistes Kind aus diesem tragischen Tod Kapital zu schlagen versucht. Warnungen vor genau so einer Situation wurden in der Vergangenheit nicht nur zu oft ignoriert, sondern als falsch dargestellt. Rechte Hetze hat sich in den Alltag geschlichen und ist zur unwidersprochenen Selbstverständlichkeit geworden. Es müssen die Vielen, die rechte Hetze verabscheuen, die Humanistinnen aufstehen. Wir sind mehr und werden uns das nicht mehr bieten lassen.“~

DIE LINKE SACHSEN BESCHLIEßT MITGLIEDERENTSCHEID UND -BEFRAGUNG

Die sächsische LINKE hat auf der 3. Tagung des 14. Landesparteitages für einen breit angelegten Mitgliederentscheid- sowie eine Mitgliederbefragung votiert. In diesem, für Sachsen einmaligen, basisdemokratischen Prozess werden die Mitglieder der Partei DIE LINKE verstärkt in den Themen- und Personalfindungsprozess eingebunden. Damit sind die Weichen für die Landtagswahl 2019 gestellt.

Ab Oktober sind die Mitglieder angehalten, sich auf 13 Regionalkonferenzen auszutauschen und thematische Vorschläge einzubringen. Anschließend werden in einem Mitgliederentscheid bzw. -befragung Spitzenkandidatur und Schwerpunktthemen bestimmt. Die öffentliche Auszählung wird am 1. Dezember durchgeführt.~

NUN DOCH KÜNDIGUNGEN VON PRÄMIENSPARVERTRÄGEN

Kündigungswelle der Prämiensparverträge auch im Vogtland angekommen

Nachdem in der Vergangenheit schon eine Vielzahl an Sparkassen in Sachsen die Kündigungen solcher Sparverträge durchgeführt haben, ohne ansprechende und gut vertretbare Alternativen für die Betroffenen anzubieten, geht nun auch die Sparkasse Vogtland diesen Weg.

Laut Aussage der Verbraucherzentrale Sachsen bietet die Sparkasse Vogtland zwar ein Sparprodukt, welches mit dem Prämiensparen vergleichbar sein wird an, jedoch nicht mit gleichen Erträgen. Zusätzlich heißt dies für jeden einzelnen Betroffenen, nun wieder die Wahl zu treffen und zu hoffen mit dem ausgewählten Produkt seinem vor langer Zeit gestecktem Ziel

doch noch wieder näher zu kommen.

Es ist einfach erschreckend, dass die kleinen Sparerinnen und Sparer, welche mit dem Ersparten meist ihren Lebensabend absichern bzw. verschönern wollten, nun auf der Strecke bleiben. Da erweisen sich Versprechungen, die im Rahmen der Abschlüsse solcher Prämien Sparverträge getätigt wurden, einfach als unwirksam.

Die vogtländische Landtagsabgeordnete der LINKEN, Sprecherin für Verbraucherschutz, Janina Pfau sagt dazu: „Wir können es nicht hinnehmen, dass in Zeiten von Niedrigzins und folglich kleineren Gewinnen der Banken am Ende immer nur die Verbrauche-

rinnen und Verbraucher auf der Strecke bleiben. Die Geldhäuser müssen sich auch ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen bewusst sein und eventuelle Einbußen nicht immer nur leichtfertig nach unten verteilen. In den letzten Jahren ist die Sparkasse Vogtland nicht gerade positiv aufgefallen, mag es durch sehr hohe Dispo- und Überziehungszinsen, hohe Gebühren für Konten oder Negativzinsen sein, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die Hauptaufgabe der Sparkassen rückt da aber leider immer mehr in den Hintergrund und ich hoffe für die Kundinnen und Kunden der Sparkasse, dass es in Zukunft auch wieder einmal positive Nachrichten von der Sparkasse geben wird.“ ~

immer einen Besuch wert:

www.dielinke-vogtland.de

BÜRGERINNEN UND BÜRGER BLEIBEN UNGEHÖRT

Am 02.08.2018 mussten die Kreisräte des Vogtlandkreistages „nachsitzen“. Grund war einerseits, dass die Verwaltung schlichtweg vergessen hatte, für die Wahl der Schöffen und Jugend-schöffen Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss wählen zu lassen.

Und zweitens musste die Abfallsatzung nach einer Beschwerde der Fraktion DIE LINKE erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden, da der Landrat in der Kreistagssitzung am 14.06.2018 den Antrag der LINKEN auf Anhörung von BürgerInnen und BürgervereinerInnen zum Entwurf der Satzung hatte nicht abstimmen lassen.

Dies sah die Landesdirektion in ihrer Beurteilung als nicht rechtskonform an, weshalb der anschließende Mehrheitsbeschluss für den Entwurf, vor allem aus CDU und SPD, formell rechtswidrig war.

In der am 02.08.2018 stattgefundenen Kreistagssitzung beantragte Henry Ruß erneut, dass BürgerInnen und

BürgervereinerInnen, vor allem vom Mieterbund als auch den großen Wohnungsbaugesellschaften gehört werden. Da im Vorfeld erneut jegliche Transparenz und Einbeziehung der Betroffenen von Seiten der Verwaltung außen vorgelassen wurden, wäre die Anhörung eine Minimalchance gewesen, den Kreisräten die Ungerechtigkeiten und Mängel des Satzungsentwurfes näher zu bringen.

Mit der Stellungnahme der Landesdirektion im Rücken ließ dieses Mal der Landrat über den Antrag der LINKEN abstimmen, wobei interessanterweise Unterstützung aus der Fraktion der Grünen kam. Letztlich wurde der Antrag mit 21 zu 43 Stimmen abgelehnt.

Selbst wenn es für die Anhörung eine Mehrheit gegeben hätte, so hätte laut Landesdirektion der Landrat diesen Beschluss kassieren müssen. In der Landkreisordnung steht im §40, Abs.4: „Bei der Vorbereitung wichtiger Entscheidungen können der Kreistag und seine Ausschüsse betroffenen Perso-

nen und Personengruppen Gelegenheit geben, ihre Auffassung vorzutragen (Anhörung), soweit die Anhörung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist.“

Da im Vorfeld die betroffenen Personen und Personengruppen in keiner Weise einbezogen wurden, wäre es geradezu folgerichtig gewesen, wenn die Anhörung spätestens im Kreistag stattgefunden hätte. Die vom Landrat als auch von der Landesdirektion vertretene Rechtsauffassung kann die Fraktion nicht teilen. Unabhängig davon sind die Mittel, gegen die neue Gebührensatzung vorzugehen, ausgeschöpft sind.

Erst wenn die Gebührenbescheide im nächsten Jahr verschickt worden sind, wird es für die Betroffenen möglich sein, Widerspruch einzulegen bzw. zu klagen.

Was bleibt, ist „die erneute Missachtung der Bürgermeinung, was der Demokratie einen weiteren Schaden zuzufügt“, so Kreisrat Henry Ruß. ~

KOMMUNALPOLITIK 2019: NICHT OHNE DIE LINKE!

Beschlossen auf der 3. Tagung des 14. Landesparteitages am 25.08.2019 in Hoyerswerda

Das Wahljahr 2019 naht mit großen Schritten: Neben den Landtags- und Europawahlen finden auch die Kommunalwahlen statt. 2014 konnten wir als Partei über 1000 Mandate in Stadt- und Gemeinderäten, in Kreistagen und Ortschaftsräten erringen. Diese Position gilt es 2019 zu verteidigen und auszubauen.

„Kommunalpolitik – Interessiert niemanden und erreichen können wir auch nichts!“

Wenn vom Wahljahr 2019 die Rede ist, wird meistens nur über die Landtagswahlen gesprochen. Dabei ist die Kommunalpolitik für uns als LINKE von zentraler Bedeutung. Sie ist unser Anker in der Basisarbeit vor Ort.

Unsere Erfolge lassen sich nicht von der Hand weisen. Wir haben als LINKE Bürgerentscheide initiiert, Sozialtickets in Leipzig und Dresden eingeführt, uns gegen Krankenhausschließungen im ländlichen Raum gestellt, für kostenfreien Zugang für Kinder und Jugendliche in Sport- und Kultureinrichtungen gekämpft und das Verbot von Glyphosat auf kommunalen Flächen erstritten – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Und das wichtigste: Wir sind Ansprechpartner*innen vor Ort. Ob es um die anstehende Änderung der Müllgebührensatzung geht, bei Problemen mit der Vereinsförderung oder um einfach mal nachzufragen, wann der abgesperrte Spielplatz endlich saniert wird.

Deshalb ist es wichtig, dass wir auch 2019 überall in Sachsen mit LINKEN Listen zur Kommunalwahl antreten und Gesicht zeigen – für solidarische und nachhaltige Kommunen.

„Bis Mai 2019 ist noch viel Zeit!“

Eben nicht. Das haben auch schon viele Kreis- und Ortsverbände gemerkt und sind bereits dabei die Kommunalwahlen vorzubereiten. Das ist gut so. Unterstützung in Form von Werbe- und Infomaterial gibt es wie schon die Jahre zuvor von der Landesgeschäftsstelle sowie unseren Bildungspartnern. Diese Unterstützung wird es auch 2019 geben, u.a. in der Gestaltung der Kandidat*innenflyer.

Die Kandidat*innenfindung kann den Ortsverbänden aber niemand abnehmen. Denn nur die Genoss*innen vor Ort kennen die Leute aus dem eigenen Dorf und der eigenen Stadt. Sie wissen am besten wen man ansprechen kann, ob sie für DIE LINKE kandidieren möchten. Das können Genoss*innen sein, die schon lange in den Kommunalvertretungen sitzen – Aber nicht nur! Wenn man sich die Altersstruktur unserer Fraktionen und Gemeinderäte anschaut, sieht man deutlich, dass wir vielerorts einen Generationswechsel brauchen. Und diesen müssen wir auch zulassen. Denn wenn wir in 10 Jahren immer noch stark in der sächsischen Kommunalpolitik vertreten sein wollen, müssen wir heute schon junge Menschen in die Kommunalpolitik lassen. In manchen Gemeinden gibt es schon Pat*innenprogramme, wo altgediente Kommunalpolitiker*innen den jungen zur Seite stehen und ihr angesammeltes Wissen vermitteln. Dieses Modell sollte überall Schule machen. Grundsätzlich soll und mit Blick auf die Mitgliederstruktur unserer Partei, ein gemeinsames Anliegen sein, mehr Frauen* für linke Politik zu begeistern. Nach wie vor sind mehr Männer in unserer Partei aktiv, werden wir bei Wahlen von mehr Männern als Frauen gewählt und es werden mehr Männer in unserer Partei Mitglied als Frauen*: Und stellen sich auch viel öfter zur Wahl. Das hat nicht nur erheblichen Einfluss auf Mitgestaltung politischer Prozesse innerhalb unserer Partei sondern steht unserem emanzipatorischen Anspruch entgegen und spiegelt sich negativ in der Zusammensetzung von Gremien und Parteistrukturen wieder. Gerade in Hinblick auf eine gleichberechtigte Mitgestaltung linker Politik, die Gewährleistung von Quotierungen und/ oder bei der Gewinnung weiblicher Kandidierender für politische Mandate, fällt uns dieses strukturelle Ungleichgewicht auf die Füße. Deswegen wollen wir insbesondere Frauen* dazu ermutigen, für kommunale Mandate, politische Ämter und Gremien zu kandidieren und gezielt weibliche Kandidierende unterstützen.

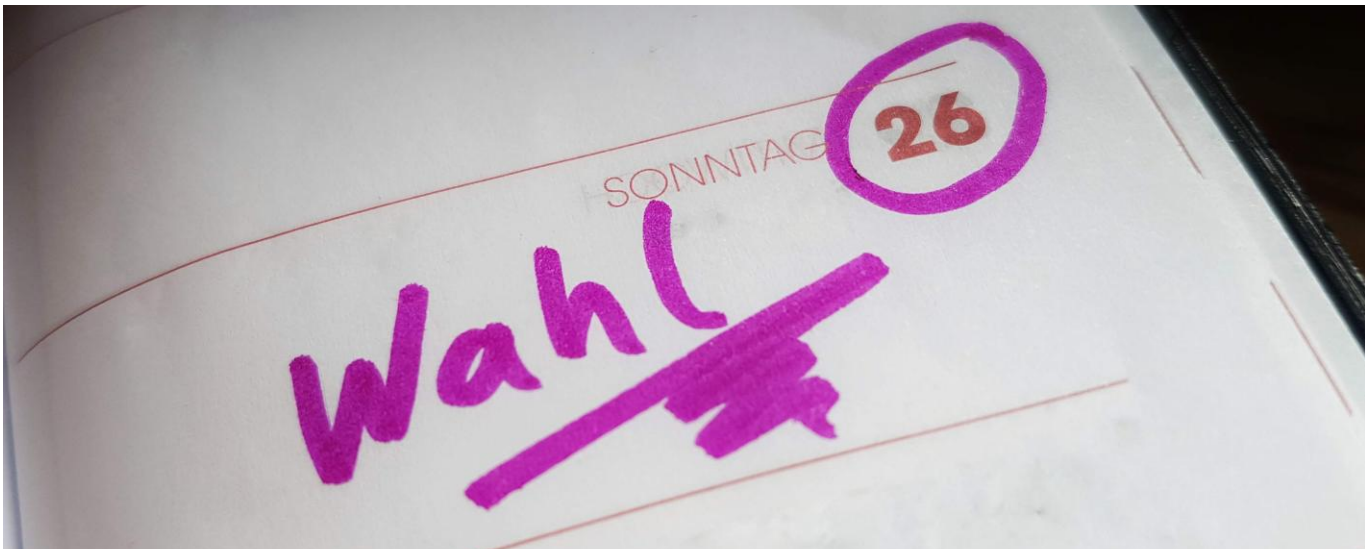
Aber wir dürfen uns nicht nur auf unsere eigene Mitgliedschaft beschränken. In vielen Gemeinden sind auch Sympathisant*innen auf unseren Listen angetreten und gewählt worden. Wir sollten uns nicht davor scheuen, auf Expertise von außerhalb zu vertrauen, wenn sie unsere LINKEN Inhalte mit vertritt. Sei es der Sozialarbeiter aus dem Gemeindezentrum für Fragen in der Sozial- und Jugendhilfe oder die Bauunternehmerin in Fragen von Stadtentwicklung und Baupolitik.

„Unsere Kernthemen haben kommunalpolitisch doch keine Relevanz!“

Gerade in der Kommunalpolitik befinden wir uns in einem ständigen Widerspruch zwischen unserem Ziel, eine soziale Politik vor Ort zu gestalten auf der einen, und sogenannten Sachzwängen auf der anderen Seite. Linker Anspruch trifft auf ernüchternde Wirklichkeit. Gelegentlich fühlt man sich als Kommunalpolitiker*in wie ein*e Erfüllungsgehilf*in einer Politik, die man selbst ablehnt. Verursacht wird dieses Dilemma durch die sächsische Landesregierung. Anstatt ihre Pflichten wahrzunehmen, wälzt diese nach wie vor zentrale Säulen der Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab, ohne auch nur ansatzweise das nötige Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Die katastrophalen Folgen sehen wir jeden Tag in unseren Gemeinden und Kiezen. Das nimmt uns als LINKE aber nicht aus der Verantwortung, im Gegenteil: DIE LINKE ist die Partei der großen Ideale. Diese müssen in der Kommunalpolitik nicht etwa aufgegeben, sondern erst recht in konkretes Tun umgesetzt werden.

Armut muss nicht sein

Kinder- und Altersarmut sind Themen, die uns ganz besonders umtreiben. Eine Kindergrundsicherung sowie die Mindestrente sind noch nicht in Sicht. Dennoch können wir den Betroffenen vor Ort helfen. Zum Beispiel indem man Kindern freien Zugang zu Bildung, Sport und Kultur gewährt. Sei es der kostenlose Zugang zur Bibliothek oder dem Museum, eine Zuschussfinanzierung zum Mittagessen in Kita und Schule oder ein breites Angebot



von Freizeiteinrichtungen und Spielplätzen. Für unsere älteren Mitbürger*innen sind sicher ein günstiges Ü65-Ticket für den ÖPNV hilfreich, der Erhalt der Begegnungsstätte vor Ort immens wichtig und ein Ausbau der kommunalen Krankenversorgung überlebenswichtig.

*Die Bürger*innen mitnehmen*

Bürgerbeteiligung ist mehr als nur aller vier bis fünf Jahre ein Kreuz abgeben zu dürfen. Bürgerbeteiligung fängt direkt vor Ort in der Kommune an. Nämlich mit Bürger*innensprechstunden, öffentlichen Fraktionssitzungen und Einwohner*innenversammlungen. Gerade bei strittigen Themen ist es wichtig, die Menschen vor Ort mitzunehmen und mitentscheiden zu lassen. Sei es durch Umfragen, die Einsetzung von Bürger*innenplattformen, die Schaffung eines Bürger*innenhaushaltes oder Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide. Die sächsische Gemeindeordnung bietet hier verschiedene Möglichkeiten an, die wir in der Kommune auch allesamt nutzen sollten.

Mobilität für alle

Mobilität ist ein Grundrecht. Deshalb sollte jeder Mensch – egal ob Kind, Arbeiter*in oder Generation 60plus – die Möglichkeit haben, mobil zu sein. Gerade im ländlichen Raum ist das oft nicht mehr möglich. Wenn überhaupt ein Bus fährt dann nur alle drei Stun-

den und nur bis 18 Uhr. Hier müssen wir von kommunaler Seite gegensteuern. Da gilt es den ÖPNV wieder attraktiv zu machen: Mit einem wohnortnahen sowie bezahlbarem Nahverkehrsnetz. Zu letzterem gehört neben dem Job- und Sozialticket auch eine kostenfreie Schülerbeförderung. Projekte zur Erschließung „weißer Flecken“ in ländlichen Regionen über integrierte Fahrpläne und zur perspektivischen Elektrifizierung des ÖPNV müssen viel breiter angegangen werden. Auch die Themen Radverkehr und Park & Ride müssen kommunal wieder stärker in den Fokus rücken. Mobilität ist mehr als das Auto.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Das Thema Wohnen ist gerade überall präsent. In den großen Städten wird der Wohnraum immer knapper. Selbst Gutverdiener*innen können sich keine Wohnung mehr in der Innenstadt leisten und Familien mit drei Kindern müssen sich auf 60 Quadratmeter quetschen. Währenddessen kämpfen die kleinen Dörfer und Gemeinden mit massivem Leerstand. Kommunale Wohnungsunternehmen müssen hier stärker gefördert werden: beim Angebot von preiswertem Wohnraum und bei der Sanierung des Bestandes. Mit kommunalem Wohngeld und preiswertem Baugrund müssen Anreize für Menschen geschaffen werden, sich auch in kleineren Gemeinden niederzulassen. Auch privaten Vermieter*innen

Anreize zu geben, Wohnraum günstig anzubieten, ist eine Option. Wir kämpfen für sozialen Wohnraum überall! Darunter verstehen wir – neben den üblich damit assoziierten Sozialwohnungen – vor allem barrierearmen, bezahlbaren Wohnraum für junge Familien und ältere Menschen.

Und nun?

Gehen wir mutig in den Wahlkampf und gewinnen Kandidat*innen! Zeigen wir, dass Kommunalpolitik, für uns als LINKE, oberste Priorität hat. Sei es beispielsweise dadurch, dass wir auf Bundesebene für auskömmliche Kommunalfinanzen streiten oder im Landtag die Senkung des Wahlalters thematisieren. Vor allem aber zeigen wir in den Gemeindevertretungen, dass unsere politische Arbeit ganz konkret wird. Dazu gehört, dass wir offen mit unseren Erfolgen umgehen. Erzählen wir unserer Familie, dem Arbeitskollegen und der Gartennachbarin, was DIE LINKE für sie persönlich erreicht hat. Wenn bei den Bürger*innen ankommt, dass wir in Kreis-, Stadt- und Gemeinderat unverzichtbar sind, ist bereits ein großer Schritt getan. Lasst uns mit diesen großen Schritten auf die Kommunalwahlen zugehen.



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de



IST SAHRA WAGENKNECHT EINE MODERNISIERUNGSKEPTIKERIN? UND SOLL DAS INFRAGESTELLEN OFFENER GRENZEN AUFHÖREN?

Als "Modernisierungsskeptikerin" wurde Sahra Wagenknecht meiner Wahrnehmung nach - wenn auch indirekt - in der Juli-August-Nummer von "Sachsens Linke" charakterisiert: Im Artikel "Katja Kipping zur Auswertung des Leipziger Parteitages" steht geschrieben, es gäbe Menschen, die Weltoffenheit als Bedrohung empfinden und es als Abstieg interpretieren, wenn nebenan ein Geflüchteter einzieht, und es gäbe jene, die die neuen Nachbarn willkommen heißen. Sozialwissenschaftler würden erstere als Modernisierungsskeptiker, letztere als Modernisierungsoptimisten bezeichnen. Sahra wurde im Artikel zwar nicht namentlich benannt, aber jeder in unserer Partei weiß, dass Sahra "offene Grenzen" im Sinne von "Bleiberecht für alle" für derzeit unrealistisch hält und deswegen ablehnt. Und wer die Eskalation der Diskussion zur Frage der "offenen Grenzen" nach Sahras Rede auf dem Leipziger Parteitag miterlebt hat, dem ist die Brisanz der Frage und die Adresse der Angriffe wieder einmal schmerzlich bewusst geworden. Auch wenn Katja in ihrer Parteitagsrede betonte, dass sich die Mitglieder der LINKEN nicht zwischen ihr und Sahra entscheiden müssten.

Katjas Artikel wirft für mich zwei Fragen auf:

- Bezieht Katja in ihre Gegenüberstellung Sahra ein? Wenn ja: Ist es berechtigt, eine Genossin, die in Büchern wie "Freiheit statt Kapitalismus", "Kapitalismus, was tun?", "Wachstum ohne Gier" Gedanken und Vorschläge für Wege aus dem Kapitalismus entwickelt und die damit Tausende beeindruckt und unserer Partei Anerkennung verschafft hat, als Modernisierungsskeptikerin herabzuwürdigen?
- Nützt Katjas Forderung im Artikel, dass das "öffentliche Infragestellen" von "offenen Grenzen" aufgehören müsse, unserer Partei und vor allem den betroffenen Menschen? Richtig verweist Katja darauf, dass es in der LINKEN viele Themen gibt, bei denen wir uns einig sind und dass die

stärker nach außen dringen müssten. Setzt das aber wirklich voraus, dass die Problematik offener Grenzen nicht mehr diskutiert wird? Ignoriert Katja damit nicht den Aufruf von Bernd Riechinger auf dem Bundesparteitag zur weiteren Diskussion der Flüchtlingsfrage, die sachlich, fair und ohne gegenseitige Demütigungen geführt werden soll? Missachtet sie damit nicht auch die Vorschläge von 19 Bundestagsabgeordneten, die im April 2018 ein "Thesenpapier zu einer human und sozial regulierenden linken Einwanderungspolitik" veröffentlichten, sowie die Forderungen von neun Bundestagsabgeordneten, die im Mai 2018 mit einer "kritischen Replik" auf dieses Thesenpapier antworteten? Beide Gruppen riefen zu einer Debatte auf, die "fachlich, pluralistisch, fair und ohne gegenseitige Unterstellungen" erfolgen muss!

Und sogar in der genannten "kritischen Replik" auf das "Thesenpapier" ist zu lesen: "Ja, es gibt (noch) kein universelles Recht auf Migration und Einwanderung, und ja, realpolitisch ist ein solches Recht derzeit weder durchsetzbar noch vorstellbar. Aber: Wer, wenn nicht die Linke soll diese einzig humane und moralisch vertretbare Position in die vergiftete gesellschaftliche Debatte einbringen?! ... Im politischen Alltag und in unseren Kämpfen müssen wir uns von der linken Perspektive offener Grenzen leiten lassen ... Uns ist bewusst, dass sich unsere grundsätzlichen Forderungen derzeit nicht eins zu eins umsetzen lassen. ... Das Ziel offener Grenzen darf nicht aufgegeben ... werden." (Hervorhebungen von D.W.) Bereits in einem Interview, das 2017 im Magazin "prager frühling" veröffentlicht wurde, spricht Ulla Jelpke, eine der Initiatorinnen der "kritischen Replik", dass die Forderung nach offenen Grenzen für Flüchtlinge für sie nicht verhandelbar sei, dass sie aber über "offene Grenzen für alle" diskutieren möchte, besonders darüber, was das in der jetzigen Situation bedeuten würde: Es würden Millionen kommen, und die Gesellschaft wäre mit einer solchen Politik

völlig überfordert: "Jede Gesellschaft hat nur bestimmte Möglichkeiten, was Schulen, Bildungs- und Arbeitsmarkt angeht." Sie macht aufmerksam, dass wir als Linke es nicht geschafft haben, zu verhindern, dass zahlreiche Gesetze für Geflüchtete verschärft und der Familiennachzug ausgesetzt wurde, da fände sie es sehr leichtsinnig, zu sagen, dass wir Bleiberecht für alle bewältigen werden. "Wir haben eine Wählerwanderung, und sicher nicht nur mir werden Briefe geschrieben, wie unmöglich manche Leute die Politik der Linken finden. Das kann man nicht einfach negieren." Wichtig sei, die aktuellen Möglichkeiten der Einreise Schritt für Schritt zu erweitern oder zumindest die permanente Verschlechterung der Situation zu verhindern.

Die Diskussion um Asylrecht und Einwanderung wird also bereits weitergeführt, und das kann und darf nicht verhindert werden! Dabei ist natürlich zu differenzieren zwischen Vision und momentan Erreichbarem - bei Nutzung aller politischen Möglichkeiten. Und selbstverständlich ist es unerlässlich, "einzig humane und moralisch vertretbare Positionen in die vergiftete gesellschaftliche Debatte einzubringen". Aber es geht um mehr: Aus Haltung muss realitätstaugliche Politik erwachsen!

Dr. Dorothea Wolff

VER.DI FORDERT ZEITGEMÄßE SOZIALE STANDARDS BEI DER VERGABE DER VERKEHRSLEISTUNGEN FÜR DEN ÖPNV

Der Vogtlandkreis, welcher Aufgabenträger für die ÖPNV-Leistungen in seinem Kreisgebiet ist, beschäftigt sich derzeit mit der Vergabe der Regionalbusverkehrsleistungen. Die daraus resultierenden Verträge sollen dann für die nächsten zehn Jahre Bestand haben. In der europaweiten Ausschreibung spielen die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten jedoch scheinbar nur eine untergeordnete Rolle. Denn entgegen der in Sachsen vor allem im Regionalverkehr weitestgehend flächendeckend angewandten Tarifverträge des Arbeitgeberverbandes Nahverkehr Sachsen (AVN-Sachsen) sind nur vereinzelt Details aus diesen Tarifwerken als verpflichtend für die Bieter im Leistungsverzeichnis enthalten. Diese Mindeststandards beziehen sich lediglich auf die Vergütungen (incl. Zeitzuschläge), die Urlaubsansprüche und Kündigungsfristen der Arbeitsverhältnisse. Alle weiteren

wichtigen tariflichen Regelungen wie z. B. zu Mindestruhezeiten zwischen den Diensten, Begrenzung der maximalen täglichen Arbeitszeit, Erschwerniszuschläge, Jahressonderzahlung, betriebliche Altersvorsorge und noch vieles mehr, werden durch die Verantwortlichen im Rahmen dieser Ausschreibung vorenthalten.

Wie bereits vor geraumer Zeit berichtet, sollte man sich in den benachbarten Landkreisen umschauen wie es richtig geht!

Nicht nur die soziale Verantwortung gegenüber den Beschäftigten, sondern auch die Verantwortung gegenüber den Unternehmen ist im Vogtlandkreis scheinbar ein Fremdwort. Auch scheint man das Thema Fachkräftemangel im Vogtlandkreis zu ignorieren.

Es bleibt also abzuwarten, ob die drei vogtländischen Verkehrsunternehmen (Reichenbacher Verkehrsbetriebe Gerlach GmbH, Göltzschtal-Verkehr GmbH Rodewisch und die Plauener Omnibusbetrieb GmbH) ab 2020 weiter die Verkehrsleistungen erbringen werden. Fakt ist jedoch, dass ver.di die Verkehrsunternehmen, welche mit den Verkehrsleistungen durch den Landkreis beauftragt werden, dann unverzüglich zu Tarifverhandlungen auffordern wird.

Ein guter und sicherer ÖPNV kostet nun mal Geld! Zusammenfassend wird gefordert, dass bei der Sicherheit für die Fahrgäste und gerechten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten das Sparen endlich aufhört.

Sven Vogel
Fachbereichssekretär ver.di



Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

www.jungewelt.de/granma



Du bist Mitglied der Partei DIE LINKE, liest regelmäßig deine E-Mails? Aber du bekommst keine von DIE LINKE?

Dann kennen wir deine E-Mailadresse vielleicht noch nicht, oder deine E-Mailadresse hat sich geändert.

Melde deine E-Mailadresse und deinen Namen an die Kreisgeschäftsstelle unter: kontakt@dielinke-vogtland.de

AUF ZUR LINKEN WOCHEN DER ZUKUNFT!

Wie wollen wir leben? Wie sehen die Städte der Zukunft aus? Wie retten wir das Klima? Was wollen wir produzieren und wie? Wie wird Digitalisierung gerecht? Was muss passieren, damit die Arbeit ums Leben kreist? Wie stellen wir uns den Rechten in den Weg? Was tun wir gegen Aufrüstung und Waffenexporte? Wie machen wir Politik vor Ort, in Europa? Wie werden wir mehr? Wie verändern wir die Welt? Zwischen 13. und 16. September machen wir eine „Linke Woche der Zukunft“. In der Zeit wird von der Rosa Luxemburg Stiftung auch über:morgen stattfinden. Durch diese Woche der Zukunft ziehen sich verschiedenen Fragen und Stränge: Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus und wie wird sie gerecht verteilt - zwischen den Geschlechtern, zwischen den Überarbeiteten und denen in unfreiwilliger Teilzeit oder Erwerblosen, also den Menschen, die gern mehr arbeiten würden?

Wir sprechen über gerechte Pflege, das neue Gesicht der Arbeiter*innenklasse und eine verbindende Klassenpolitik von unten. Wir fragen nach dem Umbau der Wirtschaft, der Umverteilung von Reichtum und beleuchten die Tatsache, dass sich nur die Reichen einen armen Staat leisten können. Wir stellen dem digitalen Kapitalismus unsere Alternativen entgegen. Wir planen einen sozialen und ökologischen Umbau, eine Transformation der Kriegswirtschaft und eine Demokratisierung der Wirtschaft. Wir zeichnen das Bild einer Zukunft, in der das Öffentliche allen gehört und es wirklich etwas zu entscheiden gibt. Wir benennen die Gegner und sagen Ungleichheit, Spekulation, Austerität, Aufrüstung und Kriegstreiberei den Kampf an. Im Mittelpunkt stehen dabei LINKE Politik und Organisation: internationaler Austausch, sozialistische Kommunalpolitik, Formen des Selbstorganisierung, die Verknüpfung von Partei, Parlament und Bewegung.

Event, Labor, Debattenraum und Politreffen

Die linke Woche wird keine herkömmliche Konferenz sein, auf der vor allem berühmte Menschen und Fachleute

über Theorie, Analysen und die Herausforderungen der Zukunft sprechen. Wir wollen gute Analysen und Strategien, aber sie werden nur wirksam, wenn sie sich verbinden mit den Fragen „Was tun?“ und „Wer tut es?“. Wie übersetzen wir die Analysen in politische Praxis? Wie lernen wir von guten Erfahrungen und Strategien? Wie können Verbindungen zwischen Aktiven entstehen, wie bauen wir Bewegungen von unten auf? Das soll auf der Konferenz ebenfalls im Fokus stehen. Die linke Woche der Zukunft wird Event, Labor, Debattenraum und Politreffen sein. Neben Podiumsdiskussionen und Vorträgen wird es deshalb Workshops zur gemeinsamen Arbeit geben und Labore und Vernetzungstreffen, in denen der Austausch zwischen den Beteiligten im Mittelpunkt steht. Wir verbinden Politik und Kultur, Gesellschaftsanalyse und eingreifende Praxis, die Partei und ihr Umfeld, kollektives Handeln und gemeinsames Feiern, Strategie und Theater - und wir wollen nach Berlin und in das politische Tagesgeschehen ausstrahlen.

Wir wollen diskutieren und 3D-drucken, planen und programmieren, lernen und Erfahrungen teilen, feiern und vernetzen.

Wir bieten ein Tribunal zum Pflegenotstand, Diskussion und Vernetzung zu Klassenkampf im Plattform-Kapitalismus, ein feministisches Labor, einen Crash-Kurs zum linken Organizing, Aufstehen gegen Rassismus, Kämpfe um Zeit und Gerechtigkeit. Lesungen zu Literatur und Klassenkampf, einen Mittagstalk mit Gregor Gysi und einen Poetry Slam (literarischer Vortragswettbewerb) zum Leben im Mindestlohn. Wir reden über die Rolle von Theater und Kultur im Kampf gegen Rechts. Wir planen den sozial-ökologischen Umbau, eine Verkehrswende jenseits von Diesel und Elektroauto und für lebenswerte Städte. Mieter-Initiativen, Pflegekräften, Kämpferinnen und Kämpfer für kürzere Arbeitszeiten werden sich vernetzen. Wir reden über die Demokratie der Zukunft und wie wir uns die Politik und die Zukunft zurückholen.

Wir laden ein zu einem Abend umsonst und draußen mit Musik, Kultur und Politik für bezahlbares Wohnen. Die klassische Kinderbetreuung wird durch ein inhaltliches Programm für Kinder ergänzt.

Die linke Woche der Zukunft findet vom 13. bis 16. September 2018 in Berlin, Franz-Mehring-Platz1 statt.

Anmeldung und Informationen hier: <http://www.linke-woche-der-zukunft.de>

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Unter

www.dielinke-vogtland.de/presse

finden Sie den jeweilig vorgesehenen Erscheinungstag des Vogtlandboten. Ebenso eine digitale Ausgabe. So können Sie sich aktuell und als Erste informieren!

Hier können Sie auch vorhergehende Ausgaben nachlesen!

Bedenken Sie bitte, dass sowohl die Erstellung als auch die Verteilung der Papierausgabe nur durch ehrenamtliche Helfer erfolgen. Somit kann sich eine Zustellung in Ihrem Briefkasten auch mal etwas verzögern. Und – die Druckausgabe könnten Sie dann auch Nachbarn oder Bekannten weitergeben!

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.08.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.09.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.